

274  
9.8/90  
H.

Inoffizielle Übersetzung

Warschau, den 25. Mai 1990

Verehrter Herr Minister,

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich mich mit dem Bericht der polnischen Delegation über die letzte Gesprächsrunde der hohen Beamten der Außenministerien der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen am 18. Mai d.J. in Bonn vertraut gemacht. Der Verlauf dieser Gesprächsrunde hat bei mir eine gewisse Unruhe ausgelöst, und deshalb habe ich mich auch dazu entschlossen, diesen kurzen Brief an Sie zu richten.

Am 27. April hat Polen vorgeschlagen, mit den beiden deutschen Staaten Gespräche zum Text eines künftigen Vertrages mit dem vereinten Deutschland aufzunehmen. Wir haben zugleich den entsprechenden Entwurf für einen solchen Vertrag vorgelegt. Bis heute haben wir, obwohl einige Wochen vergangen sind, und ungeachtet der Bedeutung und der außerordentlichen Dringlichkeit dieser Angelegenheit keine offizielle Antwort auf unseren Vorschlag erhalten.

Wir haben es die ganze Zeit lang so aufgefaßt und fassen es weiterhin so auf, daß der Vertragsentwurf Gegenstand der am 3. Mai d.J. in Warschau begonnenen und am 18. Mai d.J. in Bonn fortgesetzten Gespräche ist. Die vertragliche Bestätigung des völkerrechtlichen Charakters der polnisch-deutschen Grenze wird nach der Vereinigung Deutschlands erfolgen. Der Text des betreffenden Vertrages sollte und könnte aber vor der Vereinigung vorbereitet werden. Aus dieser Sicht sollte das Hauptziel der Gespräche sein, den Text des deutsch-polnischen Vertrages noch vor der Vereinigung Deutschlands festzulegen. Die Beweggründe für einen solchen Standpunkt Polens sind Ihnen,

Seiner Exzellenz  
Herrn Markus Meckel  
Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin

Herr Minister, sehr gut bekannt und ich werde sie an dieser Stelle nicht wiederholen.

Nachdem der polnische Entwurf vorlag, erhielt ich Kenntnis vom deutschen Entwurf einer EntschlieÙung der Parlamente beider deutscher Staaten. Diese wären - wie ich hörte - Resolutionen, die auch durch die Regierungen beider deutscher Staaten angenommen und der polnischen Regierung notifiziert würden, mit der Möglichkeit einer offiziellen Antwort unsererseits. Ich habe dies natürlich so verstanden, daß wir unabhängig von der Idee einer Resolution über den polnischen Vertragsentwurf sprechen werden.

Wenn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jetzt beabsichtigt, mit uns - parallel zu den Gesprächen über den polnischen Vertragsentwurf - den grundlegenden Inhalt solcher Resolutionen vor ihrer Beschlußfassung zu erörtern, so waren und sind wir selbstverständlich dazu bereit. Unter keinen Umständen darf diese unsere Bereitschaft jedoch ausschließen, daß die zum Vertragsentwurf aufgenommenen Gespräche zu ihrem Abschluß geführt werden. Ich brauche gewiß nicht besonders zu beweisen, daß eine einseitige, von den Parlamenten und Regierungen angenommene, sogar notifizierte Resolution eines jeden der beiden deutschen Staaten etwas anderes ist als ein vom künftigen vereinten Deutschland unterzeichneter Vertrag. Ein solcher Vertrag, der nach der Vereinigung abgeschlossen und mit Gesetzeskraft (Kraft des staatlichen Rechts) ausgestattet ist, schließt die Grenzfrage ab und beseitigt die bisherigen Unklarheiten.

Aus der Information, die die polnische Delegation von den beiden deutschen Delegationen während der zweiten Gesprächsrunde (am 18. d.M.) erhielt, ging hervor, daß die Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Treffen der sechs Außenminister am 5. Mai 1990 festgestellt haben, daß das vereinte Deutschland und die Republik Polen die polnisch-deutsche Grenze in

einem völkerrechtlichen Akt (in einem Vertrag) zu bestätigen haben.

Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß angesichts der Intensität der bisherigen Treffen bereits in Kürze für uns alle die Chance entsteht, die Gespräche sowohl zum gesamten Vertragsentwurf als auch zu den grundlegenden Formulierungen des Entwurfs der Resolution der Parlamente und der Beschlüsse der Regierungen der beiden deutschen Staaten erfolgreich abzuschließen, wenn - ich wiederhole es - beide Regierungen wünschen, ihre einseitigen Akte mit uns zu erörtern.

Ich teile Ihnen höflichst mit, daß ich gleichzeitig einen Brief ähnlichen Inhalts an Herrn Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, richte.

Es ist mir angenehm festzustellen, daß sich im Verlaufe der in Warschau und Bonn geführten Gesprächsrunden eine weitgehende Übereinstimmung der Standpunkte unserer beiden Staaten abgezeichnet hat. Das erlaubt mir festzustellen, daß - so wie Sie es treffend zum Ausdruck gebracht haben - eine Lösung gefunden wird, die der polnischen Seite auch nach der Vereinigung Deutschlands das Gefühl völliger Sicherheit gibt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Krzysztof Skubiszewski